



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

von Rheinbaben: Um Oberschlesien!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Um Oberschlesien!

Von Legationsrat Frhrn. von Rheinbaben, M. d. R.

Die Abtretung Oberschlesiens an Polen ist auch nicht im Interesse der übrigen Staaten Europas und der Welt; denn sie schafft zweifellos neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft. Die Fortnahme Oberschlesiens würde Deutschland eine niemals heilende Wunde schlagen, und die Wiedergewinnung des verlorenen Landes würde von der ersten Stunde des Verlustes an der glühende Wunsch eines jeden Deutschen sein. Das würde den Frieden Europas und der Welt schwer gefährden. Es liegt im eigensten Interesse der alliierten und assoziierten Mächte, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, denn Verpflichtungen aus dem Weltkriege kann Deutschland höchstens mit, niemals aber ohne Oberschlesien erfüllen.“

So lautete der Schluß des Absatzes über Oberschlesien in den Gegenvorschlägen der deutschen Regierung vom 29. Mai 1919 gegenüber dem ersten Versailler Friedensdiktat, das die Abtretung Oberschlesiens an Polen enthielt. Das Aufbäumen, nicht nur der oberschlesischen Bevölkerung selbst, sondern des ganzen deutschen Volkes, nicht zuletzt gerade gegen diese ungeheure Vergewaltigung, hat uns dann im zweiten und endgültigen Friedensdiktat die Abstimmung in Oberschlesien als eine der wesentlichsten Konzessionen gebracht. Heute trennen uns nur wenige Wochen von dem Tage, an dem diese Abstimmung stattfinden, an dem entschieden werden soll, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, daß es auch fürderhin so etwas wie eine deutsche Wirtschaft und ein einiges deutsches Volk geben wird. Wir sind mit den Sorgen des Tages, mit intensiver sonstiger Arbeit oder auch mit unwesentlichen anderen Dingen so beschäftigt, daß trotz allem, was gerade in den letzten Monaten in Oberschlesien geschah, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit leider immer noch nicht den Anteil an dieser entscheidenden Frage nimmt, den sie verlangen kann und verlangen muß. Werfen wir darum in diesen, der schicksalsschweren Entscheidung vorausgehenden Tagen noch einmal einen ganz kurzen Rückblick auf die wichtigsten Phasen der Entwicklung der „Oberschlesischen Frage“ seit dem verhängnisvollen 9. November 1918.

Der Zusammenbruch und die ihm folgende Regierung der Volksbeauftragten löste in Verbindung mit dem unsäglich Traurigen und Beschämenden, was damals in unserer Ostmark und in Polen geschah, sofort auch Wirkungen im gläubig katholischen Oberschlesien aus. Sehr bald erscholl der Ruf: „Los von Berlin!, wo Adolf Hoffmann Kultusminister ist, wo man uns heiligste Güter schmähen und rauben will.“ Schon damals erhob die Freistaatbewegung ihr Haupt, unterstützt durch die bald zahlreich durchs Land reisenden fremden Agenten und Missionen. Schon damals entstand auch das Projekt des famosen „Kohlenstaates“, d. h. der Kohlenbecken von Oberschlesien, Polen und der Tschechoslowakei; seine Befürworter saßen besonders im amerikanischen Lager. Am Ende des Jahres 1918 gelang es indessen der allmählich wieder erstarkenden Autorität der preußischen Regierung, die Gefahren der Abspaltung fürs erste zu bannen, und an Versprechungen, daß man in Berlin den ober-schlesischen Wünschen mit größter Berücksichtigung ihrer Eigenart und Selbstverwaltung entgegenkommen wolle, fehlte es nicht.

Dann kamen die eingangs erwähnten Tage des ersten Friedensdiktates von Versailles und des Aufflammens des nationalen Gedankens, der in der Folgezeit infolge strupelloster polnischer Agitation und kommunistischer Verhezung zwar überwuchert, niemals aber wieder verschwunden ist.

Die in der endgültigen Fassung des Friedens vorgesehene Volksabstimmung in Oberschlesien ist bekanntlich auf das Eingreifen der englischen Politik zurückzuführen, die nun doch eingesehen hatte, daß der Bogen überspannt war. Am Rhein hatte sie den Franzosen gegenüber nachgegeben, aber im Osten bestand kein englisches Interesse, ein derartig klar zutage liegendes Unrecht zugunsten Frankreichs zu begehen. Der Wortlaut des die Abstimmung regelnden Artikels 88 des Friedensvertrages ist seitdem oft zitiert worden und darf hier als bekannt vorausgesetzt werden. Gerade in diesen Tagen steht er wieder im Vordergrund der öffentlichen Diskussion, weil sich die französische Politik die polnische These zu eigen gemacht hat und die heimattreuen Oberschlesier aus dem Reich nicht, wie in Ost- und Westpreußen, zusammen mit den eingeseffenen Oberschlesiern, sondern in Orten des besetzten Gebietes abstimmen lassen will. Die nächsten Tage werden die Entscheidung in dieser Frage bringen. Hier sei die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung festbleiben und die Vorschläge, die in Wahrheit polnisch-französische sind, die uns aber formell ausdrücklich nicht nur im Namen der französischen, sondern auch der englischen und italienischen Regierung gemacht wurden, ablehnen wird. Ein Verlassen des klaren und unzweideutigen Wortlautes des Versailler Vertrages in dieser Frage wäre in der Tat ein so verhängnisvoller Schritt, daß seine Folgen für die Zukunft gar nicht schwarz genug gemalt werden könnten. Viel zu wenig beachtet in der Öffentlichkeit wird aber jene andere Ausführungsbestimmung des Artikels 88, nach der „nach Schluß der Abstimmung die Interalliierte Kommission in Oberschlesien den alliierten und assoziierten Hauptmächten zunächst einen genauen Bericht über den Hergang der Stimmabgabe und einen Vorschlag über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien einzunehmende Linie einreichen soll, bei dem sowohl der von den Einwohnern ausgedrückte Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften Berücksichtigung finden soll“. Erst auf Grund dieses Berichtes bestimmen die alliierten und assoziierten Hauptmächte — d. h., nachdem die Vereinigten Staaten fürs erste

weggefallen sind, die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens — die neue Grenzlinie. Mit anderen Worten sind die genannten Regierungen nach dem Wortlaut des Vertrages auch an den Vorschlag der Kommission nicht gebunden und können auch ihrerseits noch bis zum letzten Augenblick Änderungen an der Grenzziehung vornehmen!

Im August 1919 fand der „erste polnische Aufstand“ statt und wurde durch Reichswehr und Sicherheitswehr schnell niedergeschlagen. Um den, wie vorher schon erwähnt, niemals zur Ruhe kommenden Bestrebungen nach größerer Selbständigkeit entgegenzukommen, entschied sich die preussische Regierung sodann im Oktober 1919 dafür, aus dem früheren Regierungsbezirk Oppeln eine selbständige Provinz zu machen und ein eigener Oberpräsident sollte die gemachten Versprechungen in die Tat umsetzen. Seine Wirksamkeit war indessen zeitlich sehr begrenzt, und bald nach seinem Amtsantritt zogen die Truppen des französischen Generals Verond, begleitet von wenigen Italienern und Engländern, in Oberschlesien ein. Die schmerzliche Zeit der Okkupation begann.

Was Oberschlesien, d. h. seine deutsche und für Deutschland fühlende Bevölkerung seitdem erduldet hat, ist nur zum kleinsten Teil in der deutschen Öffentlichkeit bekannt geworden. Vergessen soll es nicht werden; wir kommen darauf zurück, wenn der Druck der feindlichen Besetzung von Oberschlesien gewichen sein wird! Besonders verhängnisvoll war es, daß neben den Hauptparolen: Hier deutsch! — Hier polnisch!, so viele andere nebenher liefen. Wir sprachen schon von der Freistaatsbewegung, die auch heute noch, und scheinbar nichtachtend der Verschrift, daß am Abstimmungstage die Zettel nur für Deutschland oder für Polen abgegeben werden sollen, eine rege Agitation entfaltet und angeblich Hunderttausende zu ihren Anhängern zählt. Es dürfte auch von sogenannten Kennern Oberschlesiens schwer vorauszusagen sein, wie die verhetzten und irgeleiteten Massen, die diesem Irrlicht folgen, am Abstimmungstage wählen werden. Neben dieser Bewegung ging jene andere Bewegung, die man kurz Autonomiebewegung nannte, die aber ebenfalls in sich die verschiedensten Strömungen barg. Sie hat, vorläufig wenigstens, ihr formelles Ziel erreicht, nachdem auf den Vorschlag der Reichsregierung und mit Zustimmung der preussischen Regierung das „Gesetz betreffend Oberschlesien“ im Reichstage zur Annahme gelangt ist, das der ober-schlesischen Bevölkerung in einer zweiten Abstimmung die Möglichkeit gibt, sich mit der in Artikel 18 der Verfassung vorgesehenen Mehrheit für den Bundesstaat, d. h. für ein „Land Oberschlesien“ zu entscheiden, das dann automatisch ins Leben treten würde. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Verhältnisse in jenen traurigen Wochen, die dem „zweiten polnischen Aufstand“ vom 18. August dieses Jahres folgten. Die polnische Propaganda hat damals die durch die Duldung, ja offene Begünstigung der von Frankreich beherrschten Interalliierten Kommission geschaffene günstige Situation in der skrupellosesten Weise dazu ausgenutzt, um nach der Methode „mit Zuckerbrot und Peitsche“ zu arbeiten. Einmal wurde die derartigen Methoden besonders zugängliche ober-schlesische Bevölkerung auf das schärfste drangsaliiert und eingeschüchtert und gleichzeitig wurden ihr die schönsten Versprechungen gemacht, die sich in Realitäten umsetzen sollten, falls Oberschlesien zu Polen käme. Das wichtigste dieser Versprechen war jene famose Autonomie der „Wojewodschaft Schlesien“, in der es angeblich Oberschlesien herrlich gehen und

in der es alle seine Wünsche erfüllt sehen soll. So wurde es zur ernststen Pflicht der deutschen Regierung und der Parteien, durch die Annahme des erwähnten „Gesetzes betreffend Oberschlesien“ das von der polnischen Propaganda in die oberschlesische Bevölkerung getragene Mißtrauen zu beseitigen.

Die Debatten des Reichstages über dieses Gesetz haben aber auch erneut die Gelegenheit geboten, die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland noch einmal auf das dringlichste zu betonen. Auf Zahlen und Statistiken soll hier nicht eingegangen werden. Auch diese sind dem, der sich nur einigermaßen mit diesen Dingen befaßt hat, geläufig. Weniger klar ist vielen, wie sehr sich im besonderen die Kohlenversorgung Deutschlands gegenüber den Verhältnissen vor dem Kriege dadurch geändert hat, daß die englische über 9 Millionen Tonnen betragende Einfuhr in Fortfall gekommen ist, und daß von der fast ebenso großen Einfuhr böhmischer Kohle heute nur noch ein Bruchteil nach Deutschland gelangt. Wenn aus dem anderen großen Kohlenrevier, dem Ruhrgebiet, die Züge nach Frankreich rollen, so wird es ohne weiteres klar, welche gesteigerte Bedeutung die staatliche Zugehörigkeit des oberschlesischen Kohlenbeckens für die deutsche Kohlenversorgung und damit für die deutsche Wirtschaft gewonnen hat. Besonders in der ausländischen Presse findet man so oft Ausführungen über die angebliche Notwendigkeit der Wiederaufrichtung der nun selbständig gewordenen mitteleuropäischen Länder. Dabei werden die Statistiken des Jahres 1913! zum Vergleich herangezogen, um zu beweisen, daß die damals getätigten oberschlesischen Lieferungen nach diesen Ländern heute wiederhergestellt werden müßten! Man begeht dabei einfach den kleinen Rechenfehler, den damals vorhandenen und heute fortgefallenen großen Import von Kohle nach Deutschland unter den „grünen Tisch“ fallen zu lassen! Oft wird im Lager unserer Gegner auch damit argumentiert, daß man auf die Verpflichtung Polens hinweist, im Falle, daß es Oberschlesien erhält, uns oberschlesische Kohlen zu denselben Bedingungen zu liefern, zu denen es sie selbst bezieht. Auch dieses ein ungeheures Trugschloß und nichts als leere Worte! Vom wirtschaftlichen und finanziellen Teil dieses „Trostes“ ganz abgesehen — gibt es noch einen ernsthaften Politiker oder Wirtschaftler in Deutschland, der auf polnische Zusagen, Versprechungen, Verträge baut?!

Bekanntlich hat der Außenminister in geschickter und wirkungsvoller Weise die oberschlesische Frage bei der Konferenz von Spa vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus in die Debatte geworfen. Er schlug damals vor, von der Abstimmung gänzlich abzusehen, um dem schwergeprüften oberschlesischen Lande endlich Ruhe und Frieden zu geben und seine Bodenschätze und Arbeit endlich wieder ungehemmt der deutschen und der europäischen Wirtschaft zuzuführen. Das Wenige, was Minister Simons damals erreichte, war die Zusage des englischen Ministerpräsidenten, daß eine Kommission gebildet werden sollte mit dem Zwecke, diejenigen Maßnahmen vorzuschlagen, die eine verstärkte Belieferung der deutschen Wirtschaft mit oberschlesischen Kohlen zum Ersatz für die außerordentlichen und für die Dauer unerträglichen Ruhrkohlenlieferungen sicherstellen sollten. Diese Kommission ist auch tatsächlich zusammengetreten und einer unserer ersten Kohlenfachverständigen ist ihr deutsches Mitglied; anstatt aber ihren Zweck zu erfüllen, hat sie ihre Zeit mit mehr oder weniger unnützen Diskussionen und statistischen Debatten verloren. Die deutschen Vorschläge blieben hauptsächlich in-

folge der Gegnerschaft des belgischen und französischen Vertreters mehr oder minder unbeachtet. Dazu hielt Polen in seiner immer zunehmenden inneren Unordnung eine große Anzahl deutscher Waggons nach Entladung zurück und heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Zusage des englischen Ministerpräsidenten in Spa unerfüllt geblieben ist. Dies alles bezieht sich wohl-gemerkt aber nur auf die Aufrechterhaltung der heutigen Wirtschaft. Wir sollen doch aber „wiedergutmachen“, wir sollen „wiederherstellen“, wir sollen unsere „Produktion steigern“, wir sollen die deutsche Wirtschaft „wiederaufbauen“ — also nicht nur das heutige halten, sondern nach den Fesseln des Friedensvertrages morgen und übermorgen ungeheure Mehrleistungen zu Nutzen unserer früheren Feinde vollbringen!

Eine schon vom 10. Mai dieses Jahres stammende, von führenden deutschen Wirtschaftlern, darunter auch dem jetzigen Außenminister, unterschriebene Denkschrift sagt an ihrem Schluß über die oberschlesische Frage:

„Noch stärkerer Hervorhebung bedürfen die Erörterungen, die sich auf Oberschlesien beziehen. Sollte wider alles Erwarten die Abstimmung gegen Deutschland ausfallen und Deutschland auf dieses Gebiet trotz der engen wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit verzichten müssen, so würde der Arbeitszusammenhang der deutschen Volkswirtschaft völlig zerrissen werden. Deutschland würde unter schweren sozialen Notständen, unter beträchtlicher Verminderung der Bevölkerung im Restgebiet, versuchen müssen, zu einem neuen wirtschaftlichen Gleichgewicht unter Auflösung seines industriellen Überbaues zu gelangen. Bei solcher Sachlage würde die Abgabe eines deutschen Angebots zum Zwecke der Wiedergutmachung hin-fällig werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.“

Seitdem ist das Wesentliche dieser Ausführungen oft genug wiederholt worden — und doch blieb es ohne sichtbares Echo bei unseren Gegnern. Jetzt stehen die ersten Sachverständigenverhandlungen über die von Deutschland zu leistende Wiederherstellungssumme bevor; so muß erwartet oder besser gefordert werden, daß von unseren Vertretern das oberschlesische Problem vom wirtschaftlichen Standpunkt mit aller Schärfe und allem Nachdruck dargelegt wird. Daß es wenigstens im Kreise der englischen Regierung ganz allmählich mehr verstanden wird, als bisher, ergibt sich aus der auf ihren Druck erzielten französisch-englischen Übereinkunft darüber, daß die zweite Stufe der Wiederherstellungsverhandlungen, d. h. die Konferenz der Minister erst nach dem Abstimmungstage in Oberschlesien stattfinden soll; daher das plötzliche Drängen nach baldigster Abstimmung, — daher die Ansetzung dieses Termins auf die ungünstigste, kälteste Zeit des Jahres!

Die oberschlesische Frage erschöpft sich nicht in dem, was bisher gesagt wurde; sie ist längst neben ihrer völkischen und wirtschaftlichen Bedeutung zu einer Angelegenheit der europäischen Politik geworden. Deutschland hat Oberschlesien wirtschaftlich notwendig, Polen braucht es nicht. Aber Polen verlangt es aus allgemeinen Machtgelüsten und hinter ihm steht Frankreich. Die französische Politik, so wie wir sie heute am Werke sehen, will Deutschland militärisch

entwaffnen, politisch entzweien, ethnographisch verkleinern und wirtschaftlich schwächen. Im selben Maße, wie Oberschlesiens Abtrennung Deutschland gegenüber diese Ziele fördern würde, soll Polen gekräftigt werden; ähnlich wie die überall in Europa sich vordrängende und einnistende französische Politik in kleinerem Maße zwei solche natürliche Gegner wie die Tschechoslowakai und Ungarn gleichzeitig begünstigt, so träumte sie bis vor kurzer Zeit davon, ein Großpolen zu schaffen und gleichzeitig vom Süden Rußlands her ein neues Groß-Rußland erstehen zu lassen. Der Zusammenbruch Wrangels hat diese utopischen Pläne zunichte gemacht. Daß Rußland, das sicher einmal sich vom Bolschewismus befreien und wiedererstehen wird, das wird ganz gewiß kein Frankreich ergebendes Rußland sein. Um so mehr muß die französische Politik bestrebt sein, den polnischen Schützling zu stützen und aus seiner Wirtschafts- und Finanzmisere (7 bis 8 polnische Mark gleich 1 deutsche Mark!) zu erretten. Und die englische Politik? Ihre frühere Auswirkung in der Frage der obereschlesischen Abstimmung fand schon Erwähnung. Gemeinsam mit der französischen hegt sie den Wunsch, Deutschland von Rußland getrennt zu halten; aber anders als der französische Partner wünscht die englische Politik ein geschwächtes, uneiniges Rußland, offen für jede Betätigung des englischen Handels. Sympathie für Polen besteht in London nur noch in geringem Grade und auch in Warschau gibt es kaum ein polnisches Witzblatt ohne eine boshafte Karikatur des englischen Ministerpräsidenten. So bleiben die Endziele sowohl der französischen, wie der englischen Politik unklar und verworren, vor allem auch deshalb, weil niemand sagen kann, wie sehr sich vielleicht schon in wenigen Wochen oder Monaten die Lage im Osten von Grund aus wiederum ändern wird. Auch für Deutschland handelt es sich deshalb bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht nur um eine der wichtigsten Fragen seiner Wirtschaft und Politik, — es handelt sich darüber hinaus immer mehr um eine der großen Ideen, welche die deutsche Politik der nächsten Jahre beherrschen sollten! Ganz gewiß ist der Untergrund aller heutigen und künftigen Politik des zusammengebrochenen Deutschlands das Wirtschaftliche. Nur über Wirtschaftliches geht der Weg zur Wiederaufnahme und zum Aufbau der Politik mit unseren bisherigen europäischen Gegnern sowohl wie mit den Vereinigten Staaten, die, wenn die Zeichen des Tages nicht trügen, gleichzeitig mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten wieder aktiver in die Weltpolitik eingreifen werden. Auch dort steht hinter der Politik der Druck der Wirtschaft, d. h. das Bestreben des amerikanischen Handels, Absatzmärkte großen Stils zu finden. Aber so wichtig diese wirtschaftlichen Fäden und später hoffentlich wieder starke wirtschaftliche Bande auch sein mögen, höher noch muß für uns stehen die Kunst der Politik, d. h. die Fähigkeit und Möglichkeit, auf dem wirtschaftlichen Untergrunde politisch zu gestalten. Und wiederum höher noch als dieses steht die Macht der Idee, ohne die starke Kräfte der Völker überhaupt nicht ausgelöst werden können. Kampf um die Erhaltung des Deutschtums im Osten — das muß eine der Ideen sein, mit denen und an denen sich das zusammengebrochene Deutschland wieder aufrichtet — und Oberschlesien wird dabei eine ganz besondere Stellung einnehmen!

